

Prüfungsvorbereitung: Textaussagen vergleichen (ESA)



Name:

Date:



Info

Wenn du Texte bzw. Materialien vergleichen sollst, bedeutet das, sowohl die **Gemeinsamkeiten** als auch die **Unterschiede** herauszuarbeiten. In der Regel sind die Unterschiede zwischen den Texten wichtiger. Sie zeigen die Besonderheiten der Texte, also welche inhaltliche Ausrichtung der Text hat.

In diesem Arbeitsblatt erarbeitest du in drei Schritten, wie du Textaussagen vergleichen kannst.



1. Schritt: Aufgabenstellung

Lies dir die Aufgabenstellung durch und entscheide, worauf du dich beim Lesen und Vergleichen fokussieren sollst.

Arbeitsauftrag

Bevor du die Texte liest, befasst du dich mit der Aufgabenstellung. Arbeite aus der Aufgabenstellung heraus, auf welche Aspekte du beim Lesen der Texte achten solltest.

Vergleiche die gegebenen Texte im Hinblick darauf, welche Herausforderungen und Chancen für Menschen mit Behinderungen durch politische Maßnahmen entstehen können. Belege deine Ausführungen am Text.

Aspekte, die untersucht werden sollen: Herausforderungen und Chancen für Menschen mit Behinderungen. Vergleichsweise sollen Vor- und Nachteile politischer Maßnahmen herausgearbeitet werden.

Prüfungsvorbereitung: Textaussagen vergleichen (ESA)



Name:

Date:

Arbeitsauftrag

Du findest hier zwei Texte, die Unterschiede und/oder Gemeinsamkeiten zu einem Thema beinhalten. Lies dir beide Texte gut durch und bearbeite im Anschluss die einzelnen Schritte, um dich mit diesem Prüfungsformat vertraut zu machen.

1. Inklusion: Ulla Schmidt über die Rechte von Behinderten

Die ehemalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt spricht im Interview mit dem Spiegel über die Herausforderungen und Chancen der Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Trotz der seit 2009 in Deutschland geltenden UNO-Behindertenrechtskonvention sind viele der darin festgelegten Ziele noch nicht erreicht. Schmidt betont, dass die Gesellschaft bisher vor allem auf die Defizite von Behinderten geschaut hat, anstatt ihre Fähigkeiten zu erkennen.

Die Konvention fordert, Barrieren abzubauen und die Einstellung gegenüber Behinderten zu ändern. Schmidt kritisiert, dass der Aktionsplan der Bundesregierung viele allgemeine Aussagen enthält, aber wenig Konkretes. Sie fordert mehr Mut von politischen Verantwortungsträgern sowie die Verpflichtung der Privatwirtschaft zur Herstellung von Barrierefreiheit.

Für eine echte Inklusion, so Schmidt, müssen sowohl Mobilität als auch Teilhabe gesetzlich verankert werden. Sie sieht die Notwendigkeit eines umfassenden Zeitplans, der konkret festlegt, wie und wann die Inklusion umgesetzt werden soll. Schmidt fordert, dass Behinderte frei entscheiden können, wo und wie sie leben und arbeiten wollen. Es gehe darum, die Wahlfreiheit für behinderte Menschen zur Realität zu machen, was ein Umdenken auch in den Sozialsystemen erfordere.

Schmidt äußert sich kritisch über das bisherige System, das erst greift, wenn die Betroffenen ihr eigenes Vermögen aufgebraucht haben. Sie fordert ein Teilhabegesetz, das die finanziellen Grundlagen für Inklusion schafft. Trotz der Herausforderungen sieht Schmidt Fortschritte, etwa bei inklusiven Schulen und Kindergärten, und ermutigt Eltern, ihre Rechte einzufordern und sich für inklusive Bildung stark zu machen.

Quelle: Spiegel Online

2. Beauftragter: Einbürgerungsreform als diskriminierend kritisiert

Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Jürgen Dusel, äußert in der Tagesschau Kritik an der geplanten Reform des Einbürgerungsrechts. Laut Dusel benachteiligt die Reform Menschen mit Behinderungen, insbesondere wenn sie Sozialleistungen beziehen. Der Gesetzentwurf sieht vor, die Lebensunterhaltssicherung als Voraussetzung für die Einbürgerung zu verschärfen, indem ein bisheriger Halbsatz gestrichen wird, der Ausnahmen für Sozialleistungsbezieher vorsieht.

Dusel sieht darin eine mittelbare Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, die den Bezug von Sozialleistungen nicht selbst zu verantworten haben. Er fordert, den Halbsatz beizubehalten oder alternativ einen Passus zu formulieren, der behinderten Menschen eine realistische Einbürgerung ermöglicht. Dusel befürchtet, dass die bisherigen Ausnahmen einer verfassungsrechtlichen Prüfung nicht standhalten würden.

Die Anhörung zur Reform findet im Innenausschuss des Bundestags statt. Dusel wurde als Sachverständiger von der SPD benannt. Die Ampelkoalition plant, die Reform noch in diesem Jahr abzuschließen. Dusel betont, dass eine Einbürgerung nicht daran scheitern sollte, dass jemand Sozialleistungen bezieht, und sieht im aktuellen Entwurf eine Verletzung des Diskriminierungsverbots im Grundgesetz.

Quelle: Tagesschau.de

Prüfungsvorbereitung: Textaussagen vergleichen (ESA)



Name:

Date:



2. Schritt: Tabelle

Lege eine zweispaltige Tabelle an und notiere über jeder Spalte den Aspekt, auf den du bei dem Vergleich achten sollst (z. B. Vorteil/Nachteil von ...)



3. Schritt: Begründungen

Lies beide Texte noch einmal durch. Suche in den Texten nach Begründungen für beide Positionen. Trage diese in die passenden Spalten der Tabelle ein. Notiere auch die Zeilenangabe/Absatzangabe. Gib den Spalten auch passende Bezeichnungen, z.B. Gründe für XY bzw. Gründe gegen XY.

A.	B.

Prüfungsvorbereitung: Textaussagen vergleichen (ESA)



Name:

Date:



Lösungen für die Lehrkraft

Hier befindet sich ein Lösungsvorschlag für die Tabelle.

Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen	Chancen durch politische Maßnahmen
<p>- Viele der Ziele der UNO-Behindertenrechtskonvention sind noch nicht erreicht (Text 1) - Gesellschaft fokussiert sich auf Defizite statt auf Fähigkeiten von Behinderten (Text 1) - Aktionsplan der Bundesregierung enthält viele allgemeine Aussagen, wenig Konkretes (Text 1) - Reform des Einbürgerungsrechts benachteiligt Menschen mit Behinderungen, die Sozialleistungen beziehen (Text 2) - Lebensunterhaltssicherung als Voraussetzung für die Einbürgerung wird verschärft (Text 2) - Gefahr der mittelbaren Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen (Text 2) - Reform könnte verfassungsrechtlicher Prüfung nicht standhalten (Text 2)</p>	<p>- Forderung nach Barrierefreiheit durch Verpflichtung der Privatwirtschaft (Text 1) - Mobilität und Teilhabe sollen gesetzlich verankert werden (Text 1) - Umdenken in Sozialsystemen, um Wahlfreiheit für behinderte Menschen zu ermöglichen (Text 1) - Teilhabegesetz soll finanzielle Grundlagen für Inklusion schaffen (Text 1) - Fortschritte bei inklusiven Schulen und Kindergärten (Text 1) - Einbürgerung sollte nicht an Sozialleistungsbezug scheitern (Text 2) - Möglichkeit einer realistischen Einbürgerung für behinderte Menschen gefordert (Text 2)</p>

Prüfungsvorbereitung: Textaussagen vergleichen (ESA)



Name:

Date:

Arbeitsauftrag

Jetzt hast du alle wichtigen Informationen aus den Texten herausgearbeitet und kannst die Prüfungsaufgabe beantworten. Der untenstehende Merkkasten kann dir helfen deinen Schreibprozess zu strukturieren.

Vergleiche die gegebenen Texte im Hinblick darauf, welche Herausforderungen und Chancen für Menschen mit Behinderungen durch politische Maßnahmen entstehen können. Belege deine Ausführungen am Text.

Die beiden Texte beleuchten verschiedene Facetten politischer Maßnahmen und deren Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen. Text 1 thematisiert die Herausforderungen der Inklusion trotz der UNO-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 in Deutschland gilt. Ulla Schmidt kritisiert, dass viele Ziele der Konvention noch nicht erreicht sind und die Gesellschaft sich oft auf Defizite statt auf Fähigkeiten fokussiert (Text 1). Der Aktionsplan der Bundesregierung wird als unzureichend konkret bezeichnet. Besonders die mangelnde Verpflichtung der Privatwirtschaft zur Barrierefreiheit und die fehlende gesetzliche Verankerung von Mobilität und Teilhabe werden als Herausforderungen gesehen (Text 1). Text 2 konzentriert sich auf die geplante Reform des Einbürgerungsrechts, die laut Jürgen Dusel Menschen mit Behinderungen benachteiligen könnte. Die Verschärfung der Lebensunterhaltssicherung als Voraussetzung für die Einbürgerung könnte Menschen diskriminieren, die Sozialleistungen beziehen, ohne dafür verantwortlich zu sein (Text 2). Dusel sieht in dieser Maßnahme eine Gefahr der mittelbaren Diskriminierung und befürchtet, dass die Reform verfassungsrechtlich problematisch sein könnte (Text 2). Beide Texte bieten jedoch auch Chancen. Schmidt fordert konkrete Maßnahmen wie die Verpflichtung der Privatwirtschaft zur Barrierefreiheit und ein Teilhabegesetz, das finanzielle Grundlagen für Inklusion schafft. Diese Maßnahmen könnten die Wahlfreiheit für behinderte Menschen fördern und Fortschritte bei inklusiven Schulen und Kindergärten unterstützen (Text 1). Dusel sieht die Möglichkeit, die Einbürgerung für Menschen mit Behinderungen zu erleichtern, indem die Sozialleistungsbezug nicht als Hindernis gesehen wird (Text 2). Zusammenfassend zeigen die Texte, dass politische Maßnahmen sowohl Herausforderungen als auch Chancen bieten, wobei konkrete und inklusive Ansätze erforderlich sind, um echte Inklusion und Teilhabe zu ermöglichen.



Merkkasten

1. **Gemeinsamkeiten** = Schreibe auf, welche Ähnlichkeiten (Thema, Meinungen etc.) die Texte aufweisen. Hier reichen in der Regel ein oder zwei Sätze. Beispiel: In beiden Texten geht es um das Thema....
2. **Unterschiede** = Gehe auf grundlegende Unterschiede zwischen den Texten ein. Dabei geht es besonders um die Meinungen oder Aussagen innerhalb der Texte. Begründe die Unterschiede auch am Text. Beispiel: "In Text 1 wird vorrangig der Sinn von XY betont, während Text 2 das Problem im Umgang mit XY fokussiert."
3. **Ergebnis**: Es ist sinnvoll den Vergleich abzuschließen, indem du deine Ergebnisse kurz zusammenfasst. Schreibe ein bis zwei Sätze.